

„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

JAHRESRÜCKBLICK 2017

Einlage im Alternativen Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 09/2017



Liebe Leserin, lieber Leser!

Statt breitem Konsens erneut Konfrontation

Dieses Jahr begann mit einer offenen Diskussion und Beschlussfassung zum Haushalt 2017 unter Beteiligung aller demokratischen Fraktionen. Das war möglich, weil die Rathauskooperation von SPD, CDU und Grünen geplatzt war. Dadurch wurde eine breite Themenpalette im Haushalt berücksichtigt, der dann eine große Mehrheit fand. Wir konnten u.a. den Einstieg in erweiterte Kita-Betreuungszeiten durchsetzen und den Zugang zum kostenlosen Schulessen erleichtern. Die guten Erfahrungen mit wechselnden Mehrheiten gefielen allerdings nicht allen. So verwendete die SPD nach dem Abgang der Grünen alle Energie darauf, eine Rumpfkooperation mit der CDU zu bilden, die zwar nicht die Mehrheit der Stadtverordneten bildet, trotzdem aber besondere Ansprüche erhebt. Da die Grünen nach einer kurzen Trotzphase wieder einlenkten und gerne weiter mitregieren möchten, blieb vieles beim alten. Im Zweifelsfall stimmen die Grünen mit ihren alten Bündnispartnern mit. Das zeigte sich bei den Diskussionen um die Fachhochschule. Auch beim Streit um die Garnisonkirche und die Zukunft des Rechenzentrums waren es SPD, CDU und Grüne, die mit einem gemeinsamen Antrag innerhalb einer Woche einen im Hauptausschuss gefundenen Kompromiss zum Kreativzentrum im Rechenzentrum wieder kippten. Der von uns angestrebte breite Konsens, der greifbar nahe war, ist erneut durch Konfrontation ersetzt worden. Ein ähnliches Spiel fand mit der Biosphäre statt. Der erfreuliche Entscheidungsvorschlag des Oberbürgermeisters, die Biosphäre zu erhalten und dauerhaft fortzuführen, wurde von seiner eigenen Fraktion im Bündnis mit CDU und Grünen gekippt. Jetzt folgt ein zäher Prozess einer angeblichen Bürgerbeteiligung, der auch mit einem Abriss der Biosphäre enden kann. Wieder einmal soll verhindert werden, in einer Bürgerbefragung die Meinung der Potsdamerinnen und Potsdamer zu dieser Frage festzustellen. Wir stellen uns dieser Auseinandersetzung.

Die Linksfraktion hat auch in diesem Jahr engagiert ihren Grundsatz einer bürgernahen Politik verfolgt und mit ihren 14 Stadtverordneten einen wesentlichen Beitrag zu einer erfolgreichen Entwicklung Potsdams geleistet. Unserem Anspruch, „Ein Potsdam für alle“, folgend, haben wir 2017 58 Anträge eingebracht, von denen 33 angenommen und 4 abgelehnt worden sind.

Mit dieser Bilanz legen wir Rechenschaft über unsere ehrenamtliche Tätigkeit, so wie wir das regelmäßig mit unseren monatlichen Ausgaben des „Rathausreport“, den Politfrühschoppen und den Infoständen tun.

Unsere Fraktion



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Dr. Sigrid Müller



Michél Berlin



Kati Biesecke

Unsere Fraktion



Gesine Dannenberg



Ralf Jäkel



Peter Kaminski



Matthias Lack



Birgit Müller

Januar

Abfahrt Zentrum Ost wieder öffnen

Seit Ende 2015 ist die Abfahrt Zentrum-Ost von der Nuthestraße geschlossen. Anwohnende protestierten schnell gegen die neue Regelung. Das Votum von ca. 100 Bürgerinnen aus einer Einwohnerversammlung im April 2016 zur Wiedereröffnung des Anschlusses wies die Verwaltung nach längerer Prüfung zurück. Ein Antrag der LINKEN, in einer weiteren Einwohnerversammlung mit den Anwohnenden gemeinsam über tragfähige Verkehrsführungen zu beraten, wurde von einer Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt. Auch so kann man mit Bürgerwillen und Bürgermeinung umgehen! Finanzausstattung für Kitas verbessern Immer mehr Kinder in Potsdam werden immer länger betreut - aufgrund der unzureichenden Finanzierung aber von zu wenigen Erzieher/innen. Mit einem Rechtsgutachten wollte DIE LINKE klären lassen, ob und wie die Stadt beim Land mehr Geld für den nach geltendem Rechtsanspruch bestehenden Betreuungsumfang einfordern kann. Das Gutachten hat ergeben, dass der Klageweg wenig Aussicht auf Erfolg hat. Nun ist in Gesprächen mit dem Land eine Lösung zu finden, die die notorische Unterfinanzierung der Betreuungskosten aufhebt. Potsdam ist dafür mit 4,5 Mio. Euro jährlich in Vorleistung gegangen, um die personelle Ausstattung der Kitaträger und so auch die Qualität der Betreuung wenigstens etwas zu verbessern. Damit kann die „Betreuungsglücke“ für Kinder, die mehr als 8 und bis zu 10h täglich in der Kita verbringen, annähernd geschlossen werden.

März

Dauerausstellung im Potsdam Museum überarbeiten

Aufgrund wiederholter Kritik an der inhaltlichen Ausgestaltung der Zeitabschnitte 1933-45 und 1945-1990 in der Ständigen Ausstellung im Potsdam Museum forderte die LINKE die Evaluierung und Neukonzipierung. Diese Überarbeitung findet unter besonderer Beachtung der beiden Zeitabschnitte nun statt. Die erforderlichen Mittel sind mit dem Haushalt 2018/19 bereitzustellen. Im Juni wurde auf Antrag der LINKEN außerdem beschlossen, die Dauerausstellung zunächst testweise für 3 Monate eintrittsfrei zu stellen. Bei Erfolg soll dies ab 2019 dauerhaft umgesetzt werden.

Postfiliale im Sterncenter erhalten

Im Juni 2017 schloss das Postbankcenter und damit die Postfiliale im Sterncenter - ersatzlos. Auf Antrag der LINKEN wurde

der Oberbürgermeister beauftragt, in Gesprächen mit der Deutschen Post und der Deutschen Bank den Verbleib der Filiale im Sterncenter zu sichern - ohne Ergebnis. Weitere Gespräche mit Vertretern der Deutschen Post AG im Hauptausschuss führten schließlich zur Gewinnung eines neuen Partners im Sterncenter, der nun Postleistungen in eingeschränktem Umfang anbietet. Die Finanzdienstleistungen der Postbank hingegen sind ersatzlos weggefallen, was vielen ehemalige Kundinnen und Kunden längere Wege und mehr Zeit abverlangt. Kundenfreundlichkeit sieht anders aus!

April

Pfingstberggelände – mehr Transparenz bei der Umgestaltung

Die Einzäunung des Pfingstberggeländes durch dessen Eigentümer hat hohe Wellen geschlagen. Um ein Mindestmaß an Transparenz bei den geplanten Sanierungsmaßnahmen zu sichern, setzte DIE LINKE eine Begehung durch Stadtverordnete durch - allerdings ohne die ebenfalls geforderte Einbeziehung der beiden Bürgerinitiativen. Nach der bereits mit Nachdruck erhobenen Forderung nach Erhalt der öffentlichen Zugänglichkeit des Areals war das ein weiterer Schritt, um den mit der Privatisierung von ehemals öffentlichen Bereichen der Stadt einhergehenden Einschränkungen zu begegnen.

Bessere Versorgung mit Schul- und Kita-Plätzen in Fahrland

In der einzigen Fahrländer Kita konnten im laufenden Kita-Jahr 50 Kinder nicht aufgenommen werden. Angehende Grundschüler, die an der Regenbogen-Schule keinen Platz finden, können auch nicht auf den neuen Standort Rote Kaserne Ost ausweichen. Dieser ist bereits ausgelastet. DIE LINKE erteilte deshalb den Auftrag, die Kita- und Schulplatzplanung zu überprüfen und dem deutlich gestiegenen Bedarf anzupassen. Dazu gehört, die zweite für den Ortsteil geplante Kita früher als geplant zu bauen und die Erweiterung auf drei Klassen pro Jahrgangsstufe in der Regenbogen-Schule erneut zu prüfen. Nun soll bis Mitte 2018 zunächst ein temporärer Bau, eine feste Kita bis 2019 und auch eine weitere Kita errichtet werden.

Mai

Sozialarbeit an Potsdamer Schulen

2013 konnte DIE LINKE durchsetzen, dass bis 2023 ein Schulsozialarbeiter an jeder Potsdamer Schule tätig sein wird. An der mehrjährigen Erarbeitung des Gesamtkonzeptes Jugendhilfe-Schule haben wir uns intensiv beteiligt. Die Steuerung des

Gesamtsystems soll eine Koordinierungsstelle verantworten - mit je einer Personalstelle aus dem Jugendamt und dem Fachbereich Bildung/Sport. Die dazu notwendigen Gelder für den Fachbereich Bildung/Sport, so die Forderung der LINKEN, sind mit dem Haushalt 2018/19 bereitzustellen. Das ist zwar eigentlich schon Beschlusslage, trotzdem sperrt sich der Kämmerer gegen diese Festlegung. Wir werden genau schauen, ob die Forderung im Haushaltsentwurf enthalten ist.

Behindertengerechte Busse und Bahnen

Um Rollstühle und Kinderwagen in ausreichender Zahl im ÖPNV mitnehmen zu können, beauftragte DIE LINKE eine Prüfung zusätzlicher Stellflächen in den Fahrzeugen. Es war schwierig deutlich zu machen, dass es sich hier um ein alltägliches Problem handelt. Der ViP hat einzig Kundenbeschwerden als Maßstab seiner Einschätzung, dass er bereits auf den Bedarf reagiere, angesetzt. Trotzdem: Die Verlängerung der 8 Combino-Bahnen schafft zusätzliche Sondernutzungsflächen für Rollstühle, Fahrräder und Kinderwagen. Die Bahnen werden auf besonders stark frequentierten Strecken eingesetzt. Bei der Vario-Bahn gibt es drei statt bisher zwei Mehrzweckstellflächen. Ob das ausreicht? Wir werden das im Auge behalten.

Juni

Lebendige Gestaltung des Gedenkens zum 8. Mai

Angesichts des aktuellen Erstarkens rechts-extremer Positionen soll vor allem bei jungen Menschen die Erinnerung an den Faschismus wachgehalten werden. Deswegen regte DIE LINKE an, gezielt Schulen in die Gestaltung des 8. Mai einzubeziehen. Es ist kaum zu beschreiben, welche Diskussionen dieses klare Anliegen unter den Stadtverordneten auslöste. Beschlossen wurde, das „Konzept zur Erinnerungskultur“ bis Januar 2018 gemeinsam mit den Veranstaltern des Gedenkens an den Tag der Befreiung zu überarbeiten und zu ergänzen. Ziel dessen soll sein, bei jungen Menschen das Interesse an die Gedenk- und Erinnerungskultur zu wecken bzw. zu stärken. Potsdamer Schulen sollen sich bei entsprechenden Veranstaltungen z.B. durch Kunstprojekte aktiv einbringen.

Jugendfreizeiteinrichtungen im Bornstedter Feld

Das Ribbeckeck, der bisher einzige Jugendclub am Bornstedter Feld, bräuchte dringend eine Komplettsanierung innen und außen. Dies hatten die jugendlichen Nutzer in einem Brief an die Stadtverordneten im Mai 2017 angeprangert. Der Abriss des Hauses war eigentlich schon be-

siegelt - doch die geplanten neuen Clubs in der Biosphäre und einem weiteren Neubau lassen auf sich warten. DIE LINKE beantragte deshalb, den Jugendlichen bis spätestens September 2017 konkrete Alternativen aufzuzeigen. Der Beschluss setzte einen Prozess in Gang, der gegen alle bisherigen Auffassungen die Sanierung und den Erhalt des Ribbeckeck in den Mittelpunkt rückt. Nach entsprechenden Wegen und Mitteln wird derzeit gesucht. Der Kampf der Jugendlichen hat sich gelohnt.

Wohnen Am Alten Markt 10

„Dank“ der SPD ist die ursprünglich von der LINKEN durchgesetzte dauerhafte Bestandsgarantie für das Wohnhaus Am Alten Markt 10 derzeit bis 2022 begrenzt. Mit einem Antrag der LINKEN wurde nun sichergestellt, dass die Pro Potsdam vor einem Abriss untersuchen muss, ob Erhalt und Sanierung des Bestandes oder ein Neubau wirtschaftlicher ist - unter Berücksichtigung des Erhalts des mindestens gleichen Wohnungsbestandes und eines vergleichbaren Mietniveaus. Es muss ein Wohnungsbestand gesichert werden, der vor allem für die jetzigen Nutzer bezahlbar ist und es auch langfristig bleibt.

Juli

Erhalt des „Minsk“

Das ehemalige Terrassenrestaurant ist prägend für den Brauhausberg und viele verbinden gute Erinnerungen mit dem Haus. Eine Sanierung und anschließende neue Nutzung ist möglich. DIE LINKE steht deshalb für den Erhalt des Minsk. Entsprechende Interessenten sind vorhanden. Dennoch wollen nicht wenige, auch Stadtverordnete, den Abriss, um das Grundstück gewinnbringend zu vermarkten. DIE LINKE hat nun erreicht, dass die mit dem Bebauungsplan gegebenen Möglichkeiten für den Erhalt des Gebäudes bei der Vergabeentscheidung berücksichtigt werden. Die Ergebnisse der Ausschreibung sind dem Hauptausschuss vorzulegen, was nicht selbstverständlich ist und ohne diesen Beschluss auch nicht erfolgt wäre.

Weiternutzung des Rechenzentrums als Kreativhaus

Das ehemalige Rechenzentrum hat sich, vor allem dank LINKER Initiativen zu einem lebendigen Kunst- und Kreativhaus entwickelt und soll noch möglichst lange so genutzt werden. Ein Nebeneinander von Kreativhaus und geplanten Turm der Garnisonkirche könnte die Akzeptanz des Turmbaus unterstützen. Statisch und bautechnisch wäre es umsetzbar. Daher hat DIE LINKE den Oberbürgermeister darin bestärkt, in Gesprächen mit der Stiftung Garnisonkirche um eine Nutzungsverlän-

Unsere Fraktion



André Noack



Dr. Karin Schröter



Jana Schulze



Solveig Sudhoff



Stefan Wollenberg

gerung für das Haus um mindestens fünf Jahre einzutreten. Obwohl es im Hauptausschuss zur Perspektive des Hauses einen für alle Fraktionen tragfähigen Kompromiss gab, haben SPD, CDU und Grüne eine Kehrtwende gemacht. Mit deren Stimmen ist das „mindestens“ gestrichen, die Prüfung neuer Standorte für ein Kreativhaus auf den Langen Stall und die Alte Feuerwache beschränkt und eine Änderung der Sanierungsziele bzw. des B-Planes ausgeschlossen worden. DIE LINKE wird sich intensiv in den geplanten Szenarioworkshop einbringen, um eine realistische Alternative zur jetzigen Nutzung des Rechenzentrums als Kreativhaus zu erreichen.

Qualifizierung des Baustellenmanagements

Das Potsdamer Verkehrssystem ist extrem empfindlich für Behinderungen durch Baustellen. Arbeiten im öffentlichen Straßenraum führen oft zu langen und den Verkehr behindernden Straßensperrungen bzw. -teilsperren. Erlebbar war das z.B. in der Heinrich-Mann-Allee, am Leipziger Dreieck, in der Templiner Straße oder bei der gleichzeitigen Sperrung von Nedlitzer Straße und Straße Am Golfplatz. DIE LINKE forderte deshalb eine bessere Koordinierung, um die negativen Auswirkungen auf den ÖPNV, den Wirtschafts- und Tourismusverkehr zu minimieren. Die Verwaltung will den Genehmigungsprozess mit einem einheitlichen ämterübergreifenden System effizienter gestalten. Über den künftigen Einsatz einer speziellen Software kann das Management qualifiziert und die Behinderungen durch Baustellen merklich eingeschränkt werden.

September

Umgang mit kommunalen Grundstücken

Der Verkauf von kommunalen Grundstücken bringt lediglich einmalige Gewinne und ist bei den wenigen noch in städtischer Hand befindlichen Grundstücken keine Lösung. Daher plädiert DIE LINKE für die Grundstücksvergabe durch Erbpacht. Das sichert der Stadt Einnahmen über einen langen Zeitraum und das Grundstück bleibt in öffentlicher Hand. Im Interesse einer nachhaltigen Finanzplanung ist die Erbbaupacht ein sinnvoller Weg der Grundstücksvergabe. Auch die Inanspruchnahme bestehender Vorkaufsrechte der Stadt, von der die Stadtverordneten nichts erfahren, muss transparenter und weitsichtiger werden. Die Frage, ob ein Grundstück von öffentlichem Interesse ist, muss auch politisch beantwortet werden. Das Beispiel des Ärztehauses in der Kopernikusstraße hat das deutlich gezeigt.

Bessere ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen.

Neben Schul- und Kita-Plätzen benötigen die nördlichen Ortsteile dringend eine bessere ÖPNV-Anbindung. Dazu hat die Fahrländer Bürgerinitiative konkrete Vorschläge ausgearbeitet, die von der LINKEN in einem entsprechenden Antrag aufgenommen wurden. Diese Vorschläge beziehen auch die Ortsteile Kartzow, Satzkorn und Marquardt ein. Es ist jetzt Aufgabe des Oberbürgermeisters, in Gesprächen mit dem ViP die Möglichkeiten der Realisierung dieser beschlossenen Vorschläge auszuloten und für ihre baldige Umsetzung zu sorgen. Ein attraktives ÖPNV-Angebot ist die wichtigste Voraussetzung für den Umstieg vom Auto.

Bürgerbefragung zur Fachhochschule

Der Abriss der Fachhochschule - gegen die Stimmen der LINKEN durch SVV-Beschlüsse legitimiert, die formale Zurückweisung des Bürgerbegehrens und die Verweigerung von Bürgerbefragungen trotz des riesigen öffentlichen Interesses sind ein Paradebeispiel für den Umgang mit Bürgeranliegen. Unmittelbar vor Beginn der Arbeiten forderte DIE LINKE deshalb erneut eine Bürgerbefragung. So hätte auch begleitend zu den gefassten Beschlüssen eine dieser zentralen und langfristig das Stadtbild und die Stadtentwicklung prägende Legitimation geschaffen werden können. Der Ablehnung der wieder entstandenen Rathauskooperation konnten wir uns sicher sein. Der Antrag machte aber auf das Defizit in der Bürgerbeteiligung bei so gravierenden Prozessen erneut aufmerksam und mahnte die unmittelbare Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern an.

Frühstücksangebot der Spirellibande

Nachdem DIE LINKE initiierte, dass seit diesem Schuljahr an 5 weiteren Schulen ein kostenloses Frühstück angeboten wird, musste sie ein Problem aufnehmen, das so nicht kalkulierbar war. Der AWO-Bezirksverband Potsdam ermöglicht seit 2007 über 300 Schülerinnen und Schülern an 5 Grund- und an 2 Oberschulen ein kostenloses Frühstück. Getragen wird das Angebot vor allem aus Spenden. Seit Einführung des städtischen Modellprojekts gelingt es der AWO nicht mehr, ausreichend Sponsoren für ihr Angebot zu gewinnen. Nötig sind jährlich 139.323,90 Euro, knapp 20.000,- pro Schule. Um auszuschließen, dass mit der Etablierung des Modellprojekts bisher stabile Angebote wegbrechen, hat DIE LINKE die finanzielle Unterstützung durch die Stadt aufgerufen. Das ist jetzt Beschlusslage und muss spätestens mit dem kommenden Haushalt konkret werden.

November

Neues Vereinsheim für Fortuna Babelsberg

Das Vereinsheim von Fortuna Babelsberg auf dem Sportplatz Am Stern ist in einem äußerst desolaten Zustand. Die Bedingungen in der einstigen Bauarbeiterunterkunft entsprechen in keiner Weise dem Bedarf des Fußballvereins und anderer Nutzer. Das ist seit langem bekannt. Auch mehrere Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Beseitigung der Zustände seit 2009 haben daran nichts geändert. Nach Einrichtung des Schulcampus Am Stern und der Sanierung der Schwimm- und der Sporthalle muss nun das Vereinsheim in Angriff genommen werden. Für dessen Sanierung und Erweiterung, so der Antrag der LINKEN, sollen die Voraussetzungen mit dem kommenden Haushalt geschaffen werden.

Moratorium für den Seesportclub und das Strandbad Babelsberg

Seit Jahren fordert die Schlösserstiftung den Umzug des Strandbades Babelsberg auf das Gelände des Seesportclubs. Ein historischer Rundweg soll wieder hergestellt werden. Der Pachtvertrag der Seesportler läuft zum 31.12.2017 aus. Die Stiftung will die Fläche jedoch nicht selbst nutzen und die Stadt hat auch keine konkreten Umzugspläne für das Strandbad. Obwohl auch DIE LINKE seit weit über einem Jahr auf das Problem aufmerksam gemacht wurden weder Alternativstandorte gesucht noch die beauftragten Gespräche mit der Stiftung geführt. Es gibt keine substantiellen Gründe, an den alten Plänen festzuhalten. Der Oberbürgermeister soll daher in Gesprächen mit der Stiftung erwirken, dass bis zur Klärung des künftigen Standortes des Strandbades die Weiternutzung des Vereinsgeländes möglich bleibt. Es muss ein Lösung her, die sowohl dem Strandbad als auch dem Club einen dauerhaften Verbleib an den jetzigen Standorten sichert.

Skateranlage unter der Schnellstraße

Seit der vor Jahren erfolgten Schließung der Skaterhalle in der Kurfürstenstraße gibt es in Potsdam keine überdachten Anlagen für Skater. Ein Vorschlag der LINKEN, dafür die alte RAW-Halle zu nutzen, ist noch nicht entschieden. Jetzt liegt eine mögliche Lösung des Problems förmlich auf der Straße. Unter der Schnellstraße, nahe der Straßenbahnhaltestelle Alt Nowawes gibt es eine ungenutzte, gepflasterte Fläche, die der Stadt gehört. Nun gilt es zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen auf dieser Fläche eine Skateranlage eingerichtet werden kann, so ein Antrag der LINKEN.